

Anzeigenpreise:
 Die achtgespaltene Zeile 40 S.
 Inserate für auswärts . 50 S.
 Arbeitsmarkt und
 Wohnungsanzeigen . 20 S.
 Die viergespaltene
 Reklamzeile . . . 150 S.
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor
 Erscheinen der Zeitung in unsere
 Hände sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint
 mit Ausnahme der Sonn-
 und Feiertage.
Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere
 Zweigstellen monatlich
 vierteljährlich 1,50
 Durch Post bez. durch
 Zustellgebühr monatlich 1,40
 Einzelnummern 10 S.
 Postfachkonto Danzig 2945

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion:
 Spennhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Bewerkschaften

Expedition:
 Spennhaus 6 :: Paradiesgasse 32
 Telephon 3290

Nr. 193 Freitag, den 22. August 1919 10. Jahrgang

Rätewesen und Sozialismus.

Neue politische Verwicklungen scheinen sich anzuspinnen, in deren Mittelpunkt der Kampf um das Räteystem steht. Die unabhängigen und kommunistischen Mitglieder des Groß-Berliner Volksrats bereiten eigenmächtig die Wahl von Arbeiterräten vor. Während der Zentralrat bereits seinen Anspruch auf Erlaß einer einheitlichen Wahlordnung für das ganze Reich ankündigt. Im Hintergrund steht das Betriebsrätegesetz, das die ganze umstrittene Materie auf eine gesetzliche Grundlage stellen will.

Die Kommunisten preisen das Räteystem als den Hebel, mit dessen Hilfe die kapitalistische Gesellschaft im Handumdrehen aus den Angeln gehoben werden soll. Solche Ueberhebungen einseitiger Rezepte sind demjenigen nicht fremd, der von der Geschichte des Sozialismus einiges gehört hat. Er erinnert sich an die Futuristen, die das Phantastische als die zu schaffende Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft betrachteten. Die Proleten, die mit Hilfe ihrer Tauschbank den Sozialismus verwirklichen wollten, besonders aber an die Lassalleaner, die mit wildem Fanatismus auf die staatlich unterstützte Produktiv-Assoziation schworen. Auch das Verhaer Einigungsprogramm, das die Verbindung der Lassalleaner mit den Eisenachern zur Sozialdemokratischen Partei anbot, konnte mit Rücksicht auf die Lassalle'sche Fähigkeit die Produktiv-Assoziation nicht ausschalten, wie sehr auch die Eisenacher innerlich der Anerkennung dieses Abheilmittels widerstrebten.

Eine noch größere Rolle war dem Gedanken der Kommune beigemessen, in dem nach 1871 viele den eigentlichen Grundgedanken des proletarischen Kampfes sahen. Die Kommune war ein spezifisches Produkt der französischen Niederlage von 1870-71 und der besonderen französischen Verhältnisse, in denen neben der Allmacht der zentralisierten Staatsbürokratie die Kommune — auf deutsch: die Gemeinde — ein schattenhaftes Dasein führte. Die Pariser Bewegung lehnte sich gegen diesen Staatszentrismus auf und bestrebt sich, den Sozialismus auf dem Boden der unabhängigen Stadtgemeinden zu verankern. In diesem Sinne sollte die revolutionäre Pariser Kommune allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen, sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. (Adresse des Generalsrats der ersten Internationale, Verfasser Karl Marx). Die neue Kommunalverfassung wollte die sozialistische Selbstregierung der Produzenten verwirklichen. Mit trockenem Humor konnte Bismarck später sagen, daß das Ideal der Kommune in der preussischen Gemeindeordnung bereits verwirklicht sei. Tatsächlich hat ja diese Gemeindeordnung den Gemeinden eine stärkere Möglichkeit zu wirtschaftlicher Selbstbetätigung verliehen, als die französische Staatsverfassung. Mehrlich hat in England die gemeindliche Selbstverwaltung manches Stück sozialer Teilreformen in aller Stille leisten können. Die Kommune ist ein Stück Sozialismus, aber nicht der ganze.

Das Rätewesen ist nun entstanden aus der russischen Niederlage und den besonderen Verhältnissen Rußlands, die eine starke Gewerkschaftsbewegung wie in England oder Deutschland nicht kannten. Die Einführung der Rätediktatur war dann ein Hilfsmittel, zu dem die Bolschewiki griffen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie auf dem auch von ihnen zuerst betretenen Wege der parlamentarischen Demokratie ihre Alleinherrschaft nicht verwirklichen konnten.

Was aus den besonderen russischen Verhältnissen und Räten entstand, kann nicht für die ganze Welt, in der doch die Dinge anders und ziemlich verschieden liegen, das Allheilmittel sein. Mit dem Räteystem wird es daher ebenso gehen wie mit dem System der Kommune: sein gesunder allgemeiner gültiger Kern wird bleiben, die Idee aber, daß mit ihm sozusagen der sozialistische Stein der Weisen entdeckt sei, wird später allgemein als eine Modetrachtungsart erkannt werden.

Der Gedanke, daß der Sozialismus nicht allein durch die Allmacht der staatlichen und gemeindlichen Verwaltungen zu verwirklichen ist, sondern daß dazu die Mitarbeit der öffentlichen Selbstverwaltungskörper notwendig ist, ist nicht neu. Daß in diesen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern die schaffende Arbeit und nicht das ausbeutende Kapital das entscheidende Wort zu sprechen hat, ist für den Sozialisten selbstverständlich. Der Kampf um Arbeiterkassen, Arbeiter- oder Arbeitskammern wurde im wirtschaftlich fortgeschrittenen Deutschland schon geführt, noch ehe man in Rußland an ihn dachte. Wir haben daher nicht nötig, den ziemlich wirren russischen Bauplan nachzuahmen, sondern können an dem, was bei uns in organischer Form schon weiter haben.

Das Rätewesen ist nicht dazu berufen, die Welt mit einem Schlag zu erlösen, und am allerwenigsten hat es in Rußland und Ungarn diesen Beruf erwiesen. Es ist kein umfassendes sozialistisches System, sondern ein sozialistischer Teilgedanke, der, auf sein richtiges Maß gebracht, ein Element einer künftigen harmonischen Neuordnung der Gesell-

schaft werden kann. In diesem Sinne müssen die Arbeiter den Rätegedanken richtig einschätzen und gebrauchen lernen. Wenn sie ihn aber aus Modetorheit überschätzen und ihn zum Mittelpunkt von Kämpfen machen, in denen sie einander selbst zerfleischen, dann wird er ihnen nicht zum Segen, sondern zum Fluch.

Die Unruhen in Oberschlesien.

Berlin, 21. Aug. Immer mehr kommt die Ansicht zum Durchbruch, daß der Zustand in Oberschlesien von langer Hand vorbereitet ist und daß die Bewegung von polnischer Seite ausgeht. Die Spartakisten schlossen sich ihr an. Die Polen verfolgen in Oberschlesien dieselbe Taktik wie zuvor in Polen. Sie tun, als sei es schon heute außer allem Zweifel, daß Oberschlesien an Polen falle. Demgegenüber ist, wie die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt, mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß Oberschlesien deutsches Land ist. Deutschland allein hat das Recht und die Pflicht, für Ruhe und Ordnung im Lande Sorge zu tragen. Die Polen wollen offenbar eine Befreiung Oberschlesiens durch Entente- oder Hallertruppen herbeiführen, um die Volksabstimmung zu beeinflussen und zu ihren Gunsten vollendete Tatsachen herbeiführen. Das sind polnische Uebergriffe, gegen die wir mit allen Mitteln Front machen müssen. Auch General Dupont, der an den gestrigen Verhandlungen im Auswärtigen Amt teilgenommen hat, sprach sich namens der Entente-Kommission dahin aus, daß die deutsche Auffassung richtig sei, und das Deutschland allein berechtigt sei, in Oberschlesien Ordnung zu schaffen. Es darf zuversichtlich angenommen werden, daß es uns in aller Kürze gelingen wird, den Zustand niederzuschlagen. Jedenfalls ist unser Militär herr der Lage.

Amsterdam, 20. Aug. (W. L. B.) Die Friedenskonferenz hat ein Telegramm von den Agenten in Schlesien erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß infolge politischer Streitigkeiten Kohlenbergwerke in Oberschlesien zerklüftet worden seien. Es sei beschlossen worden, Vertreter dorthin zu senden, die über die Lage Bericht erstatten sollen.

Haag, 20. Aug. „Het Vaterland“ schreibt: Die Polen in Oberschlesien scheinen vor Ungeduld zu brennen, daß der letzte Deutsche dieses Gebiet verlässe. Am Vorabend der Volksabstimmung beschleiche sie vielleicht die Furcht, daß das Ergebnis der Abstimmung nicht ganz ihren Erwartungen entsprechen könne.

Im „Vorwärts“ heißt es: Der Friedensvertrag ist noch nicht in Kraft. Bis dahin hat Deutschland zweifellos das Mandat, die Ordnung in Oberschlesien aufrechtzuerhalten. Wenn man von Deutschland verlangt und erwartet, daß es sich an geschlossene Verträge hält, so muß das von der Gegenseite gleichfalls geschehen.

Die Vorgänge in Oberschlesien zeigen, wie schnell heute Geschichte sich vollendet. Noch vor wenigen Monaten, als durch den ersten Friedensvertrag Oberschlesien ohne weiteres von Deutschen Reich getrennt werden sollte, mußte die Entente auf fast einstimmige Wissensfundgebung der ober-schlesischen Bevölkerung, auch der polnischen, diesen Punkt ihres Friedensvertrages revidieren. Eine Volksabstimmung wurde zugestanden. Die spätestens 18 Monate nach Inkrafttreten des Friedens stattfinden sollte. Trotzdem ist Oberschlesien nicht zur Ruhe gekommen. Nicht daß die Mehrzahl der dortigen arbeitenden Bevölkerung von Deutschland getrennt werden wollte. Die Streiks hatten ursprünglich nur einen kapitalwirtschaftlichen Charakter. Die Forderungen gingen allerdings weit über das hinaus, was bei der traurigen Wirtschaftslage Deutschlands zur Zeit erfüllt werden kann. Diese Streikbewegung haben sich alle polnische Elemente zu Nutze gemacht und politische Fische inszeniert um Oberschlesien noch vor der Volksabstimmung zu Polen zu schlagen. Es scheint je, als ob es den deutschen militärischen Stellen gelingen wird, der Bewegung Herr zu werden. Immerhin sind die Vorkommnisse bedauerlich, da zu befürchten steht, daß sie bei einer späteren Volksabstimmung ungünstig für Deutschland wirken. Der Verlust Oberschlesiens würde Deutschland wirtschaftlich schwer schädigen, da wir heute mehr denn je auf die schlesische Kohle angewiesen sind. Ob die spartakistischen Streikinszenierer in einem polnischen Oberschlesien auf ihre Rechnung kommen würden, ist mehr als zu bezweifeln.

Konservativer Beamtenstreik.

Bange machen! Nur feste Angst erregen! Das ist augenblicklich die Taktik der rechtsstehenden Presse gegenüber den Beamten. Ihr werdet euer Brot verlieren. Die Sozialdemokraten werden euch aus den Ämtern verdrängen. Erst kommen die Großen, die Geheimräte, dann die Kleinen. Auch das Märchen von der Freundschaft des sozialdemokratischen Programms gegen das Beamtenamt wird wieder aufgetischt.

Die meisten Menschen haben ja ein kurzes Gedächtnis, aber noch ist nicht alles vergessen. Wie war es doch früher? Die Konservativen hatten in Brausen alle leitenden Stellen in Erbpacht. Ein Sozialdemokrat konnte weder Beamter noch Lehrer, nicht einmal Nachmittler werden. Dazu kam dann noch die soziale Parität. Examen mit 1 Bestanden — ganz egal, war der Vater ein Schneider oder Schuster, dann war es eben nichts mit der Offiziers- und Verwaltungskarriere. Und jetzt! Es ist entsetzlich! Einfache Leute aus dem Volk bekommen Ämter. Das ist doch unerhört. Ihnen fehlt ja die „Bildung“, ihnen fehlen die „Fachkenntnisse“. Wenn sie nur „gut gefint“ sind, das genügt, so meint die konservative Presse. O nein! Persönliche Tüchtigkeit ist

ausschlaggebend. Den Beweis hierfür liefert die Tatsache, daß überall auch Beamte mit nichtsozialdemokratischer Gesinnung, auch konservative Beamte reichlich genug vorhanden sind. Es erfolgt keine Maßregelung wegen politischer Gesinnung. So betont der Artikel 123 der neuen Verfassung:

„Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Befehle und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen. Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“

Die Sozialdemokratie war von jeher die Kämpferin für die Wahrung der Interessen und Rechte der Beamten, vor allem der mittleren und unteren Beamten. Der letzte Wahlkampf hat ja deutlich genug gezeigt, wenigstens für jeden, der sich im Wahlkampf genauer umgesehen hat, daß gerade die unteren und mittleren Beamten der Sozialdemokratie Vertrauen schenken. Die Konservativen haben immer in erster Linie an die Interessen und an die Wahrung der Spitzten und Stützen des Staates gedacht. Es gab zur Zeit ihrer Herrschaft nicht bloß eine Majorzede. Überall existierten solche Stellen, um die niemand herunkam, der von unten stammte.

Angesichts der in der Verfassung niedergelegten Schutzrechte der Beamten, die vor allem durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie zustande gekommen sind, entpuppt sich der konservative Beamtenstreik als kindische Mache, die höchstens auf politische Kinder wirken kann. Das Recht und die Freiheit der Beamten stehen heute sicherer da als je.

Eine unabhängige Ente.

Berlin, 21. Aug. Die „B. J. a. W.“ erfährt von zuständiger Stelle im Finanzministerium, daß die Meldung der „Freiheit“ der Finanzminister Südekum habe dem Kabinett eine Vorlage über Zahlung einer Abfindung von 170 Millionen an den ehemaligen Kaiser unterbreitet, vollkommen unwarhaft ist.

Die Befreiung des Rheinlandes.

Außer Churchill bleiben auch Lloyd-George und Asquith in Köln. Die „Bos. Ztg.“, die das meldet, will weiter berichten: Es verläuft bestimmt, daß innerhalb sechs Wochen die englische Besatzung in Köln durch eine französische abgelöst werden solle. Die Stärke der englischen Besatzung im Rheinland werde von 15. Oktober ab 5000 Mann nicht übersteigen. Seit einigen Tagen findet ein Rücktransport englischer Truppen in größerem Umfange statt.

Noch viel revolutionärer.

Links von den Unabhängigen stehen die Kommunisten. Aber die Kommunisten sind nicht entfernt die Radikalen. Links von den Kommunisten stehen die Anarcho-Syndikalisten. Und links von den Anarcho-Syndikalisten stehen die Anhänger des „Herrschaftslosen Sozialismus“. Ihr Organ ist die in Wien erscheinende „Extremismus und Befreiung“. Geleitet wird sie von dem Anarchisten Pierre Ramus. Im Leitartikel ihrer letzten Nummer lesen wir über den Zusammenbruch der Räterepublik: „Insgar, daß sie zum Tode verurteilt war, weil sie nicht sozialistisch war, sondern „die unfähige Mißgebart einer Vergewaltigung von Staatskapitalismus, Oligarchenjurisprudenz und Pseudokommunismus“. Lieber diese Räterepublik urteilt Pierre Ramus:

„Im Sturz der ungarischen Diktatur des Marxismus ist das bedeutungsvollste das, daß ein System vom Proletariat gerichtet und verworfen wurde! Nicht das erfolgreiche Vordringen der rumänischen Kriegsherrschaft hat dieses System zum Sturz gebracht; die absolute Gleichgültigkeit des Proletariats für seinen Bestand, ja die Sehnsucht desselben nach jenem Sturz, die positive Verweigerung jeglicher Verteidigung, jeglichen Schutzes, jedweder Aufrechterhaltung des diktatorischen Systems durch das ungarische Proletariat — das hat der kühnen Diktatur des Marxismus das Genick gebrochen. Act. Glend, Fortführung der Bogdanow'schen nach Aktordnats Marxismus und kriegerischer Wutemord. Requiescat in pace auf dem Lande und eine besondere diabolische Vergewaltigung der Geldverfälschung in den Städten, ein System der Staatsmonopolisierung, Anrechnung des Hungers für die Armen, des ungeschmälerten Profittens für die Reichen und die zur Macht gekommenen sich niederrichtig reichenden Demagogen, als solch ein Monstrum der Korruption und Gewalt hat das ungarische Proletariat die marxistische Lüge, der Diktatur des Proletariats durchhaut und über sie den Stab gebrochen.“

Und dann wird des näheren dargelegt, daß an eine Sozialisierung und Befreiung des Volkes von der Ausbeutung erst zu denken sei, wenn alle Herrschaftsgewalten aufgelöst sind und die allbegreifende Organisationskraft eines befreienden Sozialismus sich nur in der Herrschaftslosigkeit ergibt und entfaltet.

Diese Betrachtungen des mehr anarchischen als sozialistischen Plantes sind ganz lehrreich. Genau dieselben Vorurteile, die von den Unabhängigen und Kommunisten gegen die gegenwärtige deutsche Regierung erhoben werden, werden ihnen hier von noch Radikaleren selbst ins Gesicht geschleudert. Es ist eben niemand so radikal, daß es nicht noch einen Radikaleren gäbe.

